

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.

S C H W E R I N

April 2019

Nach emotionaler Debatte:

Bürgerentscheid rechtswidrig beantragt!

Erwartungsgemäß gab es zum geplanten Bürgerentscheid über den Verkauf eines Grundstückes an den Islamischen Bund eine emotionale Debatte. Obwohl die Verwaltung gar keinen Verkauf der alten Kaufhalle an der Otto-von-Guericke-Straße mehr plant, wollte die AfD einen Bürgerentscheid durchführen. Die Stadtvertretung hatte über zwei Dinge zu entscheiden.

Zum einen ging es um die Zulässigkeit des Bürgerentscheides und zum anderen um die Bestellung eines Erbbaurechtes. Sowohl die SPD geführte Verwaltung als auch die CDU geführte Kommunalaufsicht empfahlen den Bürgerentscheid abzulehnen. Die Ursache sei, dass er nicht nur auf ein allgemeines Veräußerungsverbot zielt, sondern dem Islamischen Bund auch pauschal unterstelle, sein Verhalten sei nicht dazu angetan, das friedliche Zusammenleben in Schwerin zu fördern. Eine Begründung dafür bleibe die AfD jedoch schuldig. Daher verstoße der Bürgerentscheid nicht nur gegen die Kommunalverfassung sondern auch gegen das Grundgesetz.

Gerd Böttger wurde folglich in der Debatte auch deutlich. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide seien le-

gitime Instrumente direkter Demokratie. Aber die AfD selbst habe es, trotz mehrfacher Hinweise der Verwaltung vergeigt und solle folglich jetzt auch nicht damit anfangen, die Schuld für die fehlende Rechtmäßigkeit bei anderen zu suchen.

Am späteren Abend wurde auch die Vorlage der Verwaltung zum Erbbaurecht beschlossen. Dies ist nur konsequent, denn seit Jahren sucht die Verwaltung im Auftrag der Stadtvertretung nach einer praktikablen Lösung. Die frühere Kaufhalle in der Otto-von-Guericke-Straße ist ein akzeptabler Kompromiss. Er eröffnet dem Islamischen Bund die Möglichkeit, sein Gemeindezentrum dort zu errichten, wo die Mehrzahl seiner Gemeindemitglieder wohnt.

Gleichzeitig greift er Ängste aus der Bevölkerung auf und soll vertraglich Bedingungen in Sachen Transparenz über die eingesetzten Finanzmittel, Unterlassung jeglicher extremistischer Betätigung oder Benennung eines Integrationsbeauftragten fixieren. Werden diese nicht eingehalten, kann die Landeshauptstadt Schwerin dies sanktionieren. Auch ein Heimfall des Objektes ist demnach möglich.

Mehrheit im Ältestenrat verhindert Theaterdebatte

Erstmalig in der jüngeren Geschichte der Stadtvertretung lagen Anträge zweier Fraktionen zur Einberufung einer Aktuellen Stunde vor. Während die CDU das Thema Welterbe diskutieren wollte, hatte Die LINKE ob der neuerlichen Nachrichten und offenen Briefe über die aktuelle Situation am Staatstheater sprechen wollen. Gemäß der Geschäftsordnung muss in diesen Fällen der Stadtpräsident eine Entscheidung herbeiführen.

Diese fiel zugunsten des CDU Antrages aus. Einer demokratischen Mehrheitsentscheidung im Ältestenrat, auf die sich der Stadtpräsident stützt, wäre nichts entgegen zu halten, hätte es nicht einen Antrag der Grünen zum Thema Welterbe gegeben. Dieser wurde vom Präsidium, obwohl neu einge-

gangen, mit TOP 12 weit vorn in der Tagesordnung platziert, noch vor vielen nicht mehr bearbeiteten Anträgen aus der März Sitzung.

Es hätte also ohnehin die Möglichkeit bestanden, zum Thema zu sprechen und eine abweichende Auffassung in der Sache durch einen Änderungsantrag deutlich zu machen. Die Vorgehensweise ist nicht nachvollziehbar. Wenn signifikante Teile der Belegschaft lähmenden Stillstand beklagen, keinerlei Verbesserung des Betriebsklimas feststellen und befürchten, dass die angestoßene, anonyme Mitarbeiterbefragung vollständig ins Leere laufen könnte, hätte ich schon erwartet, dass man sich einer Aktuellen Stunde nicht per Geschäftsordnung entledigt, so Fraktionschef Henning Foerster.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Wie weiter in Sachen Weltkulturerbe?

Um es ganz klar zu sagen, DIE LINKE steht zu den gemeinsamen Bestrebungen von Landeshauptstadt und Landtag, das Schloss und das dazugehörige Residenzensemble zum Weltkulturerbe zu machen. Der Titel könnte dazu beitragen, Schwerin weit über Landesgrenzen hinaus noch bekannter zu machen und Menschen auch für einen Besuch zu interessieren, sagte Julia Romanski in der Debatte. Dennoch würden sich aktuell viele Fragen ergeben.

So zeige die Verlegung der Sitzung des wissenschaftlichen Beirates in den September, das es offensichtlich Probleme bei der Erstellung des Nominierungsdossiers gäbe. Aktuell favorisiere man jetzt wieder das Residenzensemble, nachdem es im Herbst letzten Jahres noch hieß, dass dies allein wenig Aussicht auf Erfolg habe und mit dem Thema Wasserschloss verbunden werden müsse.

Was hat sich seitdem denn neues getan, das die Erfolgsaussichten nun wieder bessere sind? Dies Fragen müssen nun im Kulturausschuss geklärt werden.

Livestream zu Rats-TV mit Mediathek weiterentwickeln

Es war DIE LINKE, die seinerzeit als erste die Möglichkeit einer Livestream-Übertragung von Sitzungen der Stadtvertretung thematisierte. Seit einigen Jahren ist diese Realität. Besonders benutzerfreundlich ist die derzeitige Praxis allerdings nicht. Wer den Livestream nicht verfolgen kann, habe derzeit keine Möglichkeit sich die gesamte Debatte oder auch nur die zu einem konkreten Tagesordnungspunkt später anzuschauen.

Daher befürworte die Linke seit Jahren die Einführung einer Mediathek, in der die Beiträge für eine bestimmte Zeit, abrufbar bleiben sollten. In vielen anderen Städten gäbe es bereits deutlich benutzerfreundlichere Varianten. So stelle der Stadtrat Solingen mittels Rats – TV Videoaufzeichnungen der Sitzungen des letzten halben Jahres zur Verfügung, so Fraktionschef Henning Foerster.

Schwerin unterzeichnet ICAN- Appell für atomwaffenfreie Welt

1987 trafen Ronald Reagan und Michael Gorbatschow zusammen und beendeten mit ihren Unterschriften unter den INF Vertrag zur Begrenzung atomarer Mittelstreckenraketen das Wettrüsten. Einer der wichtigsten Pfeiler der europäischen Sicherheit war geboren. Heute ist die Lage leider eine andere. Statt der neuen, weltpolitischen Konstellation, in der auch andere Länder, allen voran China Atommächte sind, Rechnung zu tragen und auf ein neues, auch weitere Atommächte einbeziehendes Abkommen hinzuwirken, droht der Welt aktuell ein sehr gefährliches, neues Wettrüsten.

Daher ist jede Initiative, die darauf gerichtet ist, diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten es wert, unterstützt zu werden. Deshalb ist es gut, dass Schwerin den Städteappell Kraft Beschluss der Stadtvertretung unterzeichnen wird, sagte Henning Foerster, der den gemeinsamen Antrag von Linke, SPD, Grünen und ASK begründete.

Impressum: V.i.S.d.P.: Marco Rauch, Kreisvorstand DIE LINKE. Schwerin, Martinstraße 1/1A, 19053 Schwerin, Tel. 0385/7587454

Vorkaufsrecht für Marina sichern

Erst konnte es SPD und CDU gar nicht schnell genug gehen, das Grundstück des ehemaligen Straßenbauamtes in der Güstrower Straße an einen auswärtigen Investor zu verschern. Nun weinen die einen Krokodilstränen und die anderen blockieren über ihren Finanzminister die Veräußerung der Fläche an die Stadt. Was die Stadtvertretung will, hat sie mit großer Mehrheit entschieden. Nach einem Grundstück-sankauf soll das Gelände für die Errichtung eines maritimen Zentrums ausgeschrieben werden.

Nach den neuerlichen Äußerungen aus dem Brodkorb Ministerium sei man mehr als misstrauisch, so Gerd Böttger in der Debatte. Deshalb solle die Stadt eine Satzung über ein Vorkaufsrecht auf den Weg bringen und somit sicherstellen, dass die gewünschte Entwicklung auch tatsächlich zustande komme.

IT-Infrastruktur, Volltextsuche und Transparenz

All diese Initiativen zielen letztlich darauf ab, Entscheidungen der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer zu gestalten. Stefan Schmidt, IT-Experte der Fraktion machte beispielsweise deutlich, dass im Bürgerinformationssystem auch die öffentlichen Dokumente der Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen, insbesondere deren Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse zu finden sein sollten. Auch bei der Suche nach bestimmten Informationen gäbe es noch Verbesserungsbedarf.

Lindgren Schule - Votum der Schulkonferenz achten

Geht es um die Astrid Lindgren Schule wird im politischen Raum schnell mit Schlagworten, wie Schwerpunktschule gearbeitet. Die Feststellung, dass gerade dort besondere Herausforderungen bestehen, hilft Eltern, Schülern und Lehrerkollegium wenig. Jüngst wurde bekannt, dass der langjährige Schulleiter durch einen Nachfolger ersetzt werden soll, der in der Schulkonferenz glatt durchfiel.

Es gibt keinen vergleichbaren Fall in der Schweriner Schulgeschichte. Vor diesem Hintergrund forderte Martin Frank den Oberbürgermeister auf, sich beim Bildungsministerium und staatlichen Schulamt für eine gute Lösung einzusetzen. Diese könnte zum Beispiel in einer Neuausschreibung der Stelle bestehen. Darüber hinaus sollte überlegt werden, ob und wie eine schrittweise Übergabe der Schulleitung vom Amtsinhaber auf eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger organisiert werden könne.

Der Rathausreport sagt (vorerst) Tschüss und Danke!

Die aktuelle Wahlperiode neigt sich dem Ende. Ende Mai wird auch in Schwerin ein neues Kommunalparlament gewählt. Wir danken allen, die unsere direkte Information aus dem Rathaus in den letzten Jahren verteilt haben, ebenso wie all unseren Lesern.